



## Antrag der AfD-Fraktion auf Beschlussfassung über einen Aufnahmestopp im Kreis Rendsburg- Eckernförde

<b>VO/2023/334</b>	<b>Fraktionsantrag</b>
öffentlich	Datum: 26.09.2023
<i>FD 1.3 Gremien und Recht</i>	Ansprechpartner/in:
	Bearbeiter/in: Christiane Ostermeyer

Datum	Gremium (Zuständigkeit)	Ö / N
13.11.2023	Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde (Entscheidung)	Ö

### Begründung der Nichtöffentlichkeit

### Beschlussvorschlag

Der Landrat und die Kreisverwaltung werden beauftragt, zusammen mit den dazu willigen Bürgermeistern aller Gemeinden und Städte im Landkreise Rendsburg-Eckernförde eine Willensbekundung an die Landesregierung Schleswig-Holstein zu verfassen, wonach unverzüglich nicht nur unter besonderer Berücksichtigung der bereits bestehenden Überbelastung des Landkreises und der Städte und Gemeinden im Zuständigkeitsbereiche des Landkreises Rendsburg-Eckernförde keine sog. Flüchtlinge und Asylbewerber mehr zugeteilt werden.

Ein entsprechender Entwurf eines Entschließungswortlautes ist dem Kreistag zur Beratung und Beschlußfassung umgehend vorzulegen.

### Sachverhalt

Der Sachverhalt ist der Anlage zu entnehmen.

### Relevanz für den Klimaschutz

### Finanzielle Auswirkungen

### Anlage/n:

1	2023-09-26 AfD-Fraktion Antrag Aufnahmestopp
---	--



Frau Kreistagspräsidentin

Sabine Mues

Kaiserstraße 8

24768 Rendsburg

### **Beschlußfassung für einen Aufnahmeeinhalt im Kreise Rendsburg-Eckernförde**

Rendsburg, 26.09.23

Sehr geehrte Frau Kreistagspräsidentin,

Die AfD-Fraktion beantragt für den Kreistag am 13.11.23:

„Der Kreistag möge beschließen:

Der Landrat und die Kreisverwaltung werden beauftragt, zusammen mit den dazu willigen Bürgermeistern aller Gemeinden und Städte im Landkreise Rendsburg-Eckernförde eine Willensbekundung an die Landesregierung Schleswig-Holstein zu verfassen, wonach unverzüglich nicht nur unter besonderer Berücksichtigung der bereits bestehenden Überbelastung des Landkreises und der Städte und Gemeinden im Zuständigkeitsbereiche des Landkreises Rendsburg-Eckernförde keine sog. Flüchtlinge und Asylbewerber mehr zugeteilt werden.

Ein entsprechender Entwurf eines Entschließungswortlautes ist dem Kreistage zur Beratung und Beschlußfassung umgehend vorzulegen.“

Begründung:

Uns ist durchaus bekannt, daß die Bundesländer gesetzlich zur Aufnahme sog. Flüchtlinge und Asylbewerber verpflichtet sind. Die Verteilung erfolgt über den „Königsteiner Schlüssel“, und demgemäß bringen die Bundesländer die Asylbewerber solange in Erstaufnahmeeinrichtungen unter, bis daß sie bereits vor und aufgrund Anerkennung durch das BAMF auf die Städte und Gemeinden verteilt werden. Die Kreise nehmen somit zwar keine sog. Flüchtlinge unmittelbar auf, sondern arbeiten eher in abstimmendem Auftrage.

Dennoch sind die Orte und ihre Bürger im Landkreise unmittelbar von den Auswirkungen der Unterbringung und Versorgung sog. Asylbewerber und Flüchtlinge betroffen.

- Die Leistungsfähigkeit für die Aufnahme in den Orten ist weitestgehend erschöpft.
- Die Kraft der Gesellschaft, aufzunehmen und einzugliedern, ist erschlaft.
- Die Fähigkeit zu betreuen, insbesondere Minderjährige, ist weitestgehend ausgeschöpft.
- Krankenkassen sind ausgezehrt, auch Sozialkassen sind verschuldet und völlig überlastet.
- Manche Orte denken bereits über Zwangsverwaltung von Wohnungen nach.
- Deutschlandweit werden jährlich ca. 50 bis 60 Milliarden Euro Steuergelder aufgebracht für sog. Migranten, Asylanten und Flüchtlinge als Sozialfürsorgeempfänger. Diese von Bürgern aufbrachten Geldmittel stehen einheimischen Ruheständlern und Bedürftigen vermindert zur Verfügung.
- Auch die Hunderttausende von Ausreisepflichtigen, die Behörden nicht abschieben, belasten den Steuerzahler.
- All dies in Zeiten schleichender Verelendung durch enteignende Geldentwertung, Schwund wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Rohstoffverknappung zu stemmen, ist ausgeschlossen.

Der deutsche Bürger hat schon längst das Gefühl: „Es reicht!“ Ein einfaches „weiter so“ wie bisher wird es nicht mehr geben.

Mit freundlichen Grüßen,

i.A. Dennis Schultz (Fraktionsgeschäftsführer)

Sven Chilla MdK (Fraktionsvorsitzender)